

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	65 (1985)
Heft:	1
Artikel:	Die Schweiz in der Weltwirtschaft : Herausforderungen und Prioritäten
Autor:	Sommaruga, Cornelio
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-164234

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Cornelio Sommaruga

Die Schweiz in der Weltwirtschaft

Herausforderungen und Prioritäten

Der «*Sputnik-Schock*», das explosive Auftreten des Nuklearzeitalters, der vom Korea-Krieg getragene Wirtschaftsaufschwung, die Ungarn- und die Suez-Krise zeigten drastisch, dass das Geschick der Schweiz nicht mehr vorwiegend europäisch, sondern weltweit bestimmt sein würde.

Heute bezweifelt kaum jemand die *Abhängigkeit der Schweiz von der Weltwirtschaft*. Sowohl positive wie negative Entwicklungen übertragen sich mehr oder weniger gedämpft und mehr oder weniger zeitlich verschoben auf unser Wirtschaftsgeschehen. Wir haben gelernt, oder müssen es noch lernen, günstige Trends sofort auszunutzen und auf schädliche Einflüsse flexibel zu reagieren. Unsichere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen sind unser tägliches Brot geworden. Auch zu dieser Stunde sind, trotz den deutlichen Silberstreifen am Horizont, die Aussichten der Weltwirtschaft noch ungewiss. Wird die in Gang gekommene internationale Konjunkturerholung tatsächlich in ein dauerhaftes, inflationsfreies Wachstum einmünden?

Die Antwort auf diese Frage kann nur dann günstig ausfallen, wenn es der internationalen Gemeinschaft gelingt:

- erstens eine konsequente Wirtschaftspolitik zur Erhaltung eines stabilen, nicht-inflationären wirtschaftlichen Umfeldes durchzusetzen;
- zweitens eine echte Abkehr vom unterschwelligen Protektionismus herbeizuführen und
- drittens wenn es gelingt, im Interesse unverfälschter Wechselkurse und vernünftiger Realzinsen die hohen Staatsquoten und die massiven Budgetdefizite zu reduzieren, was das marktwirtschaftliche System stärken und den Unternehmen grösseren Freiraum geben würde.

Ohne Zweifel würde die Verwirklichung dieser Ziele das Vertrauen in die Weltwirtschaft stärken und bei den produktiven Investitionen, der Beschäftigung sowie bei der Bewältigung der internationalen Überschuldung positive Effekte haben.

Es ist nicht meine Absicht, Konjunkturprognosen aufzustellen, vielmehr möchte ich mich mit den *langfristigen Herausforderungen* der Weltwirtschaft befassen. Herausforderungen, die sich bald aus schleichenden, bald aus schlagartigen Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergeben. Hervorzuheben ist, dass sich die internationale Gemeinschaft schwer tut, die sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Griff zu bekommen. So staut sich oft Konfliktstoff an, der zu Krisensituationen führt, die in kostspieligen Feuerwehrübungen enden. Wie in der Medizin könnten in der Weltwirtschaft manche Schocktherapien mit Präventivmassnahmen vermieden werden. Auch in der Aussenwirtschaftspolitik müssen wir Präventivmassnahmen grosses Gewicht beimessen. Auch hier steht und fällt aber das Unterfangen mit dem Verständnis, das jeder einzelne aufzubringen gewillt ist. Die Erfahrung lehrt uns, dass man sich oft gegen präventive Massnahmen sträubt und deren Nutzen, wenn überhaupt, erst nach ausgestandener Katastrophe anerkennt. Dem ist auch in der Weltwirtschaft so.

Zu bedauern ist, dass bei aussenwirtschaftspolitischen Entscheiden die Wirtschaftsträger und die Öffentlichkeit den langfristigen Sachzwängen des öfteren zu wenig Gewicht beimessen. Die Regierungen handeln zu oft auf Grund kurzfristiger nationaler Interessen, ohne die weltwirtschaftlichen Interdependenzen zu berücksichtigen. Es fällt ihnen leichter zu sagen «*L'enfer c'est les autres*», als die eigenen Fehler anzuerkennen und sie in aufrichtiger internationaler Zusammenarbeit zu korrigieren. Ein solches Verhalten erschwert aber erheblich die Bewältigung der langfristigen Herausforderungen.

Bereiche solcher permanenter Herausforderungen in der Weltwirtschaft sind:

- erstens Rohstoffengpässe;
- zweitens mehr oder weniger einschneidende Handelsbeschränkungen bei den Versorgungs- und Absatzmärkten;
- drittens die weltweite Armut und schliesslich
- viertens werden wir auch weiter mit wirtschaftlichen und politischen Wechselsefällen rechnen müssen.

Hinter diesen langfristigen Sachzwängen verbirgt sich ein *gewichtiges weltwirtschaftliches Bedrohungspotential*. Unablässig muss die internationale Gemeinschaft sich bemühen, dieses Bedrohungspotential abzutragen. Vor allem jene Länder, die mit der Weltwirtschaft eng verflochten sind, dürfen sich nicht um diese Aufgabe drücken. Der volkswirtschaftliche Schaden kann nämlich beträchtlich sein. Die Erdölkrisen hat uns hier eine Lehre erteilt.

Sorge um Rohstoffe

Die Weltwirtschaft wird auch in Zukunft auf *Versorgungsstörungen* bei den Rohstoffen empfindlich reagieren. Unstabilitäten oder Verknappungserscheinungen lassen Rohstoffvorkommen und Transportadern zum politischen und strategischen Spielball werden. Sie sind Quelle wirtschaftlicher Wechselfälle, strategischer Ambitionen, ja sogar kriegerischer Ereignisse. Geographische Namen sprechen hier Bände: Nennen möchte ich den Rohstoffgürtel um den Indischen Ozean, den Suez-Kanal, die Antarktis und weltweit gar die Meere überhaupt!

Was beim Erdöl geschehen ist, könnte uns, wenn wir uns nicht vorsehen, auch mit anderen mineralischen und landwirtschaftlichen Rohstoffen widerfahren. Wiegen wir uns hier nicht in allzu grosser Sicherheit? Tragen wir hier unsere Verantwortung oder stecken wir den Schwarzen Peter anderen zu? Betreiben wir hier mit gebührender Weitsicht eine präventive Wirtschafts- und Aussenwirtschaftspolitik?

Handelsbeschränkungen

Als zweite Herausforderung, bei der sich die internationale Gemeinschaft schwertut, die anhaltende Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Griff zu bekommen, habe ich die *Handelsbeschränkungen und -verzerrungen bei den Absatz- und Versorgungsmärkten* genannt. Beschränkungen und Verzerrungen, die heute nicht nur die Warenströme, sondern auch die Dienstleistungen, den Kapitalverkehr und vermehrt den Transfer von technologischem Know-how erfassen.

Uns allen ist das bunte Kleid des Protektionismus bekannt. Uns allen sind die langfristigen Schäden des Protektionismus geläufig. Wir alle wissen, dass das *protektionistische Bedrohungspotential noch lange nicht abgebaut ist!* Ein Bedrohungspotential, das aufrechterhalten wird:

- erstens durch den rezessionsbedingten Produktionsrückgang und die hohe Arbeitslosigkeit, welche die Regierungen in protektionistischen Belangen leicht erpressbar machen;
- zweitens durch den technologischen Graben zwischen den verschiedenen Nationen, der zu undurchsichtigen protektionistischen Massnahmen bei technisch fortschrittlichen Produkten führt, und
- drittens durch ein in manchen Bereichen von wirtschaftspolitischen Stützungsmassnahmen und von kartellähnlichen Absprachen verzerrtes internationales Preisgefüge, das zu Fehlallokationen der Ressourcen führt und die Effizienz der internationalen Arbeitsteilung bedroht.

Wird es der internationalen Gemeinschaft gelingen, die protektionistischen Barrikaden einzubrechen? Werden wir der interventionistischen Misswirtschaft entrinnen können, oder werden wir unser Unglück in der Autarkie suchen? Wird es uns insbesondere gelingen, effiziente Strukturen zu schaffen, die dem erhöhten technologischen Anpassungsdruck gewachsen sind?

Sicherung der Lebensgrundlagen

Als *dritte Herausforderung* der internationalen Gemeinschaft habe ich die *Sicherung von angemessenen Lebensgrundlagen* erwähnt. Im Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens muss der Mensch stehen. Ein gesundes volkswirtschaftliches Umfeld ist die Voraussetzung, um die berechtigte Forderung nach Lebensqualität und nach Vermenschlichung der Arbeitswelt zu verwirklichen. Ich denke in diesem Zusammenhang vorab an die Bewältigung der *weltweiten Armut* und die Erhaltung oder Wiederherstellung des *ökologischen Gleichgewichts*.

Es ist äusserst tragisch, wenn die Internationale Gemeinschaft zusieht, wie jährlich über 10 Millionen Kinder unter fünf Jahren an Hunger sterben. Es ist ebenfalls tragisch, wenn gegen 800 Millionen Menschen in absoluter Armut leben müssen¹. Schon unsere christliche Ethik muss uns zum Handeln zwingen. Aber auch die wirtschaftlichen Erfahrungen haben uns gelehrt, dass Massenarmut vergifteter Boden für die Weltwirtschaft ist und nur Krieg und Chaos beschert.

Weltweite Armut und ökologisches Gleichgewicht sind gleichzeitig zu nennen. Doch kann der Kampf gegen die Armut langfristig nur gewonnen werden, wenn es uns gelingt, die Meere, den Boden und die Luft als Reichtumspender zu erhalten. Mensch und Natur scheinen derzeit immer mehr in Widerspruch zu geraten. Die Natur denkt nämlich langfristig, der Mensch meistens nur kurzfristig. Kurzfristige Erfolge des Menschen führen oft zu irreversiblen Schäden an der Natur. Fortschritt darf aber nur dazu dienen, den Menschen harmonisch in die Natur einzubetten. Fortschritt wird absurd, wenn er Rückschritt für die Natur bedeutet.

Wird die Internationale Gemeinschaft bereit sein, das ethische Verständnis und die weltweite Solidarität zur Bekämpfung der Armut aufzubringen? Wird die Internationale Gemeinschaft gegen die schlechende, irreversible Verschlechterung der Lebensgrundlagen blind bleiben, und werden die künftigen Generationen für unsere Erfolge mit Verarmung zahlen müssen?

Wechselfälle

Auf die *vierte Herausforderung* der Weltwirtschaft, die einer präventiven Aussenwirtschaftspolitik bedarf, brauche ich nicht näher einzugehen. *Der Schaden von wirtschaftlichen und politischen Wechselfällen oder gar von kriegerischen Ereignissen auch für die Weltwirtschaft ist offensichtlich.* Sind wir aber bereit, aus dieser Erkenntnis die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und uns präventiv für die Verhinderung von Kriegen sowie wirtschaftlichen und politischen Wechselfällen einzusetzen?

Auf die Fragen zu den vier weltwirtschaftlichen Herausforderungen muss die Internationale Gemeinschaft Antworten finden. Wir leben nicht in einer wirtschaftlichen Traumwelt, in der stabile weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und geordnete politische Verhältnisse herrschen. Vielmehr zwingen uns die genannten Herausforderungen in eine Welt der Realitäten. Wir müssen daher auch in der Schweiz aussenwirtschaftliche Prioritäten setzen, müssen die notwendige Flexibilität bewahren; namentlich müssen wir zur Bewältigung der weltwirtschaftlichen Herausforderungen aktiv beitragen.

Es ist offensichtlich, dass wir dann und nur dann eine *effiziente und glaubwürdige Aussenwirtschaftspolitik* führen können, wenn wir auf internationaler Ebene präsent sind und unseren Mann stellen. Das ist uns bisher auf unsere Weise vorab in der europäischen Integrationspolitik gelungen. Daher müssen wir die Anstrengungen, die die Schweiz zur Erhaltung eines fruchtbaren europäischen Umfeldes unternimmt, in einen weltweiten Kontext bringen und auf die ganze Welt ausdehnen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die beiden *bleibenden Kardinalaufgaben der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik* zu verwirklichen:

- einerseits müssen wir in der Schweiz Wohlstand und Lebensqualität durch aussenwirtschaftliche Entfaltung gewährleisten und
- andererseits die Unabhängigkeit unseres Landes und damit die Freiheit unserer Mitbürger sichern.

Diese aussenwirtschaftlichen Zielsetzungen haben im Verlaufe der Zeit nicht geändert, wohl aber hat sich der weltwirtschaftliche Rahmen geändert, in dem sie zu realisieren sind.

Aussenwirtschaft und Wohlstand

Niemand wird daran zweifeln, dass *Wohlstand und Lebensqualität in der Schweiz durch aussenwirtschaftliche Entfaltung* gewährleistet werden. Die

Schweiz ist das Musterbeispiel für ein Land, welches aus der internationalen Arbeitsteilung Kapital zu schlagen weiß. Nicht nur beim Warenaustausch, auch bei den Dienstleistungen, den Investitionen, der Technologie und im Finanzbereich ist dies der Fall. In welchem Ausmass Wohlstand und Lebensqualität von der aussenwirtschaftlichen Entfaltung abhängen, zeigt die schweizerische Ertragsbilanz. Seit zwei Jahrzehnten weist sie ständig einen Überschuss auf. In den letzten Jahren werden die massiven Handelsbilanzdefizite mit ebenso massiven Ertragsbilanzüberschüssen quittiert.

Auch im *Handelsbereich* ist klar ersichtlich, dass Wohlstand und Lebensqualität in unserem Lande nur dank aussenwirtschaftlicher Entfaltung möglich sind. Klar wird dies dadurch ausgedrückt, dass beispielsweise im Jahre 1983 1 kg exportierte Ware fünfmal mehr wert war als 1 kg importierte Ware. Dieses Austauschverhältnis zeugt für den traditionellen Veredlungscharakter der schweizerischen Produktionsstätten und ist Ausdruck einer gesunden Wirtschaft, die es zu pflegen gilt.

Zum Jubilieren haben wir aber keinen Anlass, denn dieses Verhältnis hat sich während der letzten 30 Jahre stetig verschlechtert: damals galt 1 kg Exportware noch zehnmal mehr als 1 kg Importware! Diese Entwicklung muss uns alle – Regierung, Unternehmer und einzelnen Bürger – zu Anstrengungen anspornen, damit unsere Spezialitätenindustrie sich nicht in der «Tonnentechnologie» spezialisieren muss.

Voraussetzung, dass der Schweiz dieses Schicksal nicht beschert sein wird, ist eine liberale Weltwirtschaftsordnung, in der die internationale Arbeitsteilung frei spielen kann. Aus dieser Erkenntnis heraus unterstützt und fördert die Schweiz weiterhin auf internationaler Ebene sämtliche realistischen Bestrebungen zur *Festigung und Vertiefung einer offenen, liberalen Weltwirtschaftsordnung*. Als aktuelle Beispiele solcher Bemühungen seien erwähnt:

Erstens: das an der OECD-Ministerkonferenz ausformulierte Programm der vertrauensbildenden Massnahmen im Handelsbereich sowie die sogenannten «Rollback-Bestrebungen», mit denen insbesondere die während der Rezessionsjahre ergriffenen handelsbeschränkenden Massnahmen im Zuge der Wirtschaftserholung wieder abgetragen werden sollen. Unser Motto ist hier eindeutig «*Res, non verba*».

Zweitens: eng damit verbunden, die Anstrengungen innerhalb des GATT, die handelspolitische Transparenz und Disziplin zu wahren und hartnäckig für eine Klärung der Situation in der Anwendung der GATT-Schutzklausel im Sinne einer strengen Anrufungslegitimation einzutreten, welche die strukturelle Problematik berücksichtigt und eine umfassende multilaterale Kontrolle der zeitlich beschränkten Massnahmen vorsehen soll. Hier gilt unsere Devise «*Non nova, sed nove*».

Drittens: vorab für die Entwicklungsländer die Bewältigung der Überschuldung; ein Unterfangen, das kein Rückzugsgefecht der Gläubiger sein darf, sondern der längerfristigen Festigung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stabilität zu dienen hat und nicht die Integration dieser Länder in eine liberale Weltwirtschaftsordnung erschweren, ja gar verunmöglichen soll. Diese vordringliche Aufgabe spricht gleichzeitig und in koordinierter Form verschiedene *Akteure* an:

- die *Regierungen der Industrieländer*, welche die Verantwortung tragen für eine kohärente Wirtschaftspolitik, ausgerichtet auf ein stetiges, nicht inflationäres Wachstum und auf gesunde Zinsverhältnisse und stabile Währungsrelationen, welche aber auch den internationalen Finanzinstitutionen die nötigen finanziellen Mittel gewähren sollen und die «*last but by all means not least*» ihre Märkte für Ausfuhren aus den Entwicklungsländern offenhalten müssen;
- die *Regierungen der verschuldeten Länder*, die ihre Wirtschaftspolitik im Sinne der positiven Anpassung ihrer eigenen in Entwicklung begriffenen Volkswirtschaften hartnäckig weiterführen sollen;
- die weltweiten operationell tätigen *internationalen Organisationen* (zu denken ist vorab an den Internationalen Währungsfonds, an die Weltbank und an das GATT), welche die nötige Autorität haben müssen, um ihre wesentliche Koordinationsfunktion ausüben zu können;
- die *Privatwirtschaft*, die komplementär zur öffentlichen Entwicklungshilfe durch weitere Zurverfügungstellung von Bankkrediten sowie durch Direktinvestitionen eine unersetzbliche Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung der Dritten Welt zu spielen hat.

Hier gilt das Motto «*Bis dat, qui cito dat*».

Leider ähnelten bisher diese internationalen Bestrebungen zu oft Feuerwehrübungen. Zu wünschen ist daher von der Internationalen Gemeinschaft in erster Linie: die Verfestigung der Bemühungen um eine offene und liberale Weltwirtschaftsordnung. Sollte dieser Wunsch erfüllt werden, dann wäre uns ein entscheidender Schritt in Richtung des Abbaus des weltwirtschaftlichen Bedrohungspotentials gelungen. Andernfalls ersticken die weltwirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten unweigerlich, eine effiziente internationale Arbeitsteilung bleibt stark erschwert.

Dass eine solche Entwicklung für die Schweiz, als kleines, mit der Weltwirtschaft intensiv verflochtenes Land, besonders gefährlich sein dürfte, ist evident. Wenn die Schweiz hier überdurchschnittliche Anstrengungen unternehmen sollte, dann tut sie dies nicht nur aus Idealismus, sondern auch aus vitalen Eigeninteressen. *Die aussenwirtschaftlichen Prioritäten der*

Schweiz müssen daher immer in Zusammenhang mit einer langfristigen Strategie gebracht werden: eine Strategie, deren Ziel die Eindämmung des weltwirtschaftlichen Bedrohungspotentials ist! Wohlstand und Lebensqualität können in unserem Lande nur dann längerfristig gewährleistet werden, wenn wir bei unseren täglichen aussenwirtschaftlichen Entscheiden die genannten Sachzwänge berücksichtigen. Dies bedeutet konkret, dass in der Schweiz die Entscheidungsträger längerfristig denken müssen!

In *rein aussenwirtschaftlichen Belangen* hat dieser Denkprozess schon lange eingesetzt. Wir haben begriffen, dass für die Schweiz Wohlstand und Lebensqualität nur dann gewährleistet sind, wenn wir dauernd dazu beitragen, Hindernisse gegen die aussenwirtschaftliche Entfaltung aus dem Wege zu räumen, sowohl auf der Versorgungs- als auch auf der Absatzseite. Wir haben keinen Aufwand gescheut, um bei der Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, beispielsweise im GATT, in der OECD oder im Rahmen der EFTA und des Freihandelsabkommens mit der EG, aber auch in den internationalen Entwicklungsorganisationen, aktiv und ohne zu zaudern mitzuwirken und mitzuarbeiten. Dieses Selbstverständnis war auch Grundlage für die bemerkenswerte aussenwirtschaftliche Entfaltung der Schweiz, die in keinem Verhältnis zur Bevölkerungszahl unseres Landes steht: dem 12. Rang beim Anteil am Welthandel steht der 73. bei der Einwohnerzahl und gar der 112. Rang bei der Oberfläche gegenüber!

Ohne zu zaudern und mit gleicher Überzeugung muss die Schweiz ihren Anteil beim Abtragen des weltwirtschaftlichen Bedrohungspotentials leisten, sonst sind unsere aussenwirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten gefährdet. Unser aktiver politischer Beitrag muss im Gleichgewicht mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Ausstrahlung unseres Landes stehen. Aber gerade hier besteht ein Missverhältnis.

Ich bezweifle nämlich, ob unser Land genügend beiträgt zur Bewältigung der weltweiten Armut, denn unsere öffentliche Entwicklungshilfe bleibt quantitativ im internationalen Vergleich bescheiden. Ich zweifle, ob die Schweiz, die hinsichtlich der Rohstoffe vollständig vom Ausland abhängt und so viel von einem offenen Welthandels- und Finanzsystem sowie von multilateral rechtlich abgestützten Verhaltensregeln zu gewinnen hat, in den internationalen Organisationen, deren Zielsetzung die Stabilisierung der weltweiten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist, ein ausreichendes Engagement zeigt. Ich zweifle insbesondere, ob es richtig ist, solchen internationalen Organisationen fernzubleiben, wenn sie nicht nach schweizerischer Präzision arbeiten. Es ist einfacher, negative Argumente ins Feld zu führen, als konstruktiv an der besseren Gestaltung dieser Institutionen mitzuarbeiten. Für die schweizerische Aussenwirtschaft wäre eine Politik

der Zurückhaltung und Passivität gegenüber der multilateralen Zusammenarbeit ein Irrtum. Es sind nämlich nicht die internationalen Organisationen, die unser bedürfen, sondern wir brauchen diese Institutionen als Instrument, um das Bedrohungspotential abzubauen und damit längerfristig Wohlstand und Lebensqualität durch aussenwirtschaftliche Entfaltung sichern zu können. Die Schweiz als kleines, dem Völkerrecht verpflichtetes Land hat kein Interesse daran, den Bilateralismus zu fördern und die Gestaltung der internationalen Zusammenarbeit den gewichtigen Partnern zu überlassen. Die Schweiz hat unter Beweis gestellt, zu welcher Ausstrahlung sie in aussenwirtschaftlichen Belangen fähig ist. Will unser Land aber die aussenwirtschaftliche Präsenz sichern, dann muss es in Zukunft auch die Ausstrahlung bei der Stabilisierung der weltweiten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unter Beweis stellen können! Sowohl bilaterale als auch multilaterale Kanäle müssen in optimaler gegenseitiger Ergänzung Träger dieser Ausstrahlung sein.

Aussenwirtschaft und Unabhängigkeit

Neben der Gewährleistung von Wohlstand und Lebensqualität hat die Aussenwirtschaftspolitik eine sicherheitspolitische Aufgabe: die *Wahrung der Unabhängigkeit* unseres Landes. Sie setzt eine schlagkräftige Armee voraus und eine konsequente Durchführung unserer Politik der immerwährenden Neutralität, eine leistungsfähige Landwirtschaft sowie eine gesunde Volkswirtschaft, welche die Kosten der Unabhängigkeit verkraften kann.

Der *Aussenwirtschaftspolitik* kommt bei der Sicherung der Unabhängigkeit unseres Landes grosse Bedeutung zu. *Sie muss über optimale aussenwirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten die Effizienz und Stärke unserer Volkswirtschaft gewährleisten.* Sie muss *einseitige Abhängigkeit* sowohl auf der Versorgungs- als auch auf der Absatzseite *verhindern helfen*, damit die Schweiz nicht erpressbar wird. Und schliesslich muss die Aussenwirtschaftspolitik ihren Beitrag zur *Sicherung der Landesversorgung* leisten.

Wie bei der Gewährleistung des Wohlstandes durch die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik kommt offensichtlich auch bei der Wahrung der Unabhängigkeit den präventiven Anstrengungen zur Abtragung des weltwirtschaftlichen Bedrohungspotentials vorrangige Bedeutung zu. Ein gesundes wirtschaftliches und politisches Umfeld ist sowohl für die aussenwirtschaftliche Entfaltung als auch für die Wahrung der Unabhängigkeit eine Grundvoraussetzung. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir unser nationales Verteidigungsdispositiv gebrauchen müssen, ist unter solchen Voraussetzungen geringer.

Konfliktstoffe

Leider sind wir nicht immer in der glücklichen Lage, dass sich die Anstrengungen zur Gewährleistung der Unabhängigkeit und der aussenwirtschaftlichen Entfaltung decken. Oft entstehen bei der Wahrnehmung dieser beiden Aufgaben Konflikte. Ich nenne einige wenige:

- Im Industriebereich vertreten wir eine möglichst liberale und offene Aussenwirtschaftsordnung, bei der Landwirtschaft hingegen halten wir aus versorgungspolitischen Gründen und im Interesse eines leistungsfähigen und gesunden Bauernstandes mit kostspieligen staatlichen Eingriffen nicht zurück.
- Im Industriebereich vertreten wir mit Nachdruck die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und die positive Strukturanpassung, bei der Rüstungsbeschaffung hingegen neigen wir aus verteidigungspolitischen Gründen und oft auch im Interesse der Beschäftigung zum teureren Lizenzbau oder gar zu Gegengeschäften.
- Im Industriebereich sehen wir beim Handel im allgemeinen von administrativen Verfahren ab, bei strategischem Material hingegen sind wir gezwungen, Ein- und Ausfuhrbewilligungen zu verlangen, um die Belieferung der Schweiz mit «High-Tech-Gütern» sicherzustellen.

Die Gewährleistung von Wohlstand und Lebensqualität durch aussenwirtschaftliche Entfaltung unter gleichzeitiger Sicherung der Unabhängigkeit ist daher oft eine Gratwanderung. Wie bei einer Seilschaft im Hochgebirge müssen auch bei der Verwirklichung der beiden Kardinalaufgaben unserer Aussenwirtschaft gewisse *Grundregeln* von sämtlichen Weggefährten beachtet werden:

- erstens, wir müssen die Glaubwürdigkeit bei der Aussenwirtschaftspolitik sowie das Ansehen der Schweiz wahren;
- zweitens, wir müssen die bleibenden Gesamtinteressen der Eidgenossenschaft vor die Einzelinteressen stellen;
- und drittens, wir müssen die Effizienz der schweizerischen Volkswirtschaft gewährleisten.

Generell verzichten wir in der Schweiz auf wettbewerbsverfälschende Staatskrücken. Versuchungen für massive staatliche Unterstützungen kommen gar nicht auf. Für die Schweiz ist in der Wirtschafts- und Aussenwirtschaftspolitik Glaubwürdigkeit das effizienteste Interventionspotential. Die konsequente, ja strikte Beachtung der internationalen handelsrechtlichen Bestimmungen hat es der Schweiz bei internationalen Wirtschaftsverhandlungen schon oft erleichtert, praktische Lösungen im Interesse

unserer Wirtschaft zu erarbeiten. Vergessen wir die Mahnung Machiavellis nicht: «Nichts ist von so schlechtem Beispiel in der Republik, als sich ein Gesetz zu machen und es nicht zu befolgen, insbesondere wenn das Gesetz von denen missachtet wird, die es gemacht haben.»

Glaubwürdigkeit bedeutet auch, dass wir fruchtbare weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen mitgestalten. Wir sollten insbesondere der Versuchung widerstehen, eine «à-la-carte-Politik» zu verfolgen. Will die Schweiz nicht in der Enge ihres Binnenmarktes ersticken, dann hat sie keine andere Wahl, als sich in sämtlichen Bereichen konsequent für ein liberales und marktwirtschaftliches Weltwirtschaftssystem einzusetzen.

Das heisst: Ordnungspolitik auf nationaler Ebene konsequent zu verfolgen und dieselbe Ordnungspolitik auf internationaler Ebene durchzusetzen. Das ist heute nicht immer einfach. Vorab müssen die geltenden Spielregeln im Weltwirtschaftssystem wieder in Erinnerung gerufen werden. Andererseits werden dort neue Spielregeln nötig, wo sich die weltwirtschaftlichen Realitäten geändert haben. In absehbarer Zeit könnten wir mit neuen globalen Wirtschaftsverhandlungen konfrontiert werden. Bereiche wie Landwirtschaft, Dienstleistungen, Investitionen, Spitzentechnologie, Normen sowie Zulassungsvorschriften, öffentliches Einkaufswesen, staatliche Subventionspraktiken sowie kartellähnliche Absprachen und ganz allgemein die Verbindung zwischen Handel, Währung und Finanzen könnten neu oder erneut auf den Verhandlungstisch kommen, wobei in allen diesen Belangen das Verhältnis zu den Entwicklungsländern vermehrt ins Zentrum gerückt werden dürfte.

Neue GATT-Runde

Wie stellt sich die Schweiz zu solchen Verhandlungen, insbesondere zu der schon öfters proklamierten Notwendigkeit einer neuen GATT-Runde? Es scheint mir klar, dass die Schweiz weiterhin alle ernsthaften Bestrebungen unterstützen muss, die die Liberalisierung in den Welthandelsbeziehungen festigen und fördern. Gleichzeitig müssen wir aber verlangen, dass allfällige globale Verhandlungen nur dann aufgenommen werden, wenn echte Aussichten auf Erfolg bestehen. Scheinerfolge oder gar ein Scheitern ist für den internationalen Handel viel schädlicher als keine oder aufgeschobene Verhandlungen. Solche Verhandlungen müssen daher äusserst seriös vorbereitet werden. Vor allem wäre eine Einigung über die wesentlichen Verhandlungsziele und -methoden im heutigen wirtschaftlichen Umfeld zu erreichen. Eine solche Einigung muss sich u. a. auf einen derzeit nicht mehr selbstverständlichen Konsens über elementare Grundfragen, wie die Rolle von Staat, Markt und Wettbewerb stützen können, der

sich wahrscheinlich nicht ohne weiteres vertraglich festhalten lässt, sondern weitgehend implizit vorausgesetzt werden muss.

Das beste Pfand für eine echte Verhandlungsbereitschaft wäre der Abbau der in den letzten Rezessionsjahren getroffenen handelsbeschränkenden Schutzmassnahmen. Dieser neue Protektionismus sollte nicht zur «Verhandlungsmasse» werden. Praktisch heisst das, das GATT-Arbeitsprogramm von November 1982 konsequent und zielstrebig weiterzuführen. Schliesslich sind Verhandlungen erst dann erfolgversprechend, wenn sie vom Grossteil der Handelsnationen – und also nicht nur von Industrieländern – getragen werden. Solange viele Länder nicht wirklich von der Nützlichkeit einer neuen multilateralen Handelsrunde im Rahmen des GATT überzeugt sind, kann der Versuch, Verhandlungen zu erzwingen, entweder fehlschlagen oder das Ergebnis von vorneherein so beeinflussen, dass es unausgewogen ausfällt und kaum zur Glaubwürdigkeit des GATT beitragen würde. Es ist keine Konzession an die internationale Gemeinschaft, wenn wir uns im GATT oder bei anderer Gelegenheit für die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung sowie für ein offenes, liberales Weltwirtschaftssystem einsetzen. Eine solche Politik ist Grundvoraussetzung für eine leistungsfähige Volkswirtschaft und folglich auch für die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Schweiz.

Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft

Was die *Leistungsfähigkeit einer nationalen Volkswirtschaft* betrifft, so kann diese nicht durch staatliche Interventionen herbeigezaubert werden. Ein dynamischer, beständig sich innovativ anpassender Privatsektor, welcher sich der zentralen Rolle des Menschen in der Wirtschaft bewusst ist, ist das Fundament für die innere Stärke einer Volkswirtschaft. Günstige Rahmenbedingungen, gute Infrastruktur, Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen sind Voraussetzung! Im Klima einer liberalen Wirtschaftsordnung und unter gerechten Wettbewerbsbedingungen, die dem Markt die nötige Flexibilität verschaffen, können sich Dynamik und Innovation am besten entfalten. *Innerbetriebliche und staatliche Bürokratie hingegen würden sie ersticken.* In diesem Zusammenhang scheinen mir problematische Entwicklungen zu sein:

- ein Überhandnehmen von kartellähnlichen Absprachen von Firmenverbänden oder anderen privatrechtlichen Institutionen;
- ein durch nationale oder lokale Interessen diktiertes öffentliches Einkaufswesen;
- Subventionen aller Art, nicht nur für Firmen und gar für ganze Wirtschaftszweige, sondern auch im Rahmen von überspitzter Regionalpolitik

oder durch eine unkohärente Vermischung von Exportfinanzierung und Entwicklungspolitik;

- schliesslich – es sei wiederholt – offener oder verschleierter, offensiver oder defensiver Protektionismus, nicht nur im Ausland, sondern auch daheim.

Durch solche Massnahmen wird in den meisten Fällen die *Ineffizienz einer Volkswirtschaft sozialisiert*: jedermann muss quentchenweise die Misswirtschaft finanzieren helfen. Bei solchen Massnahmen werden zudem nur allzu oft Einzelinteressen vor Gesamtinteressen gestellt.

Die *Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängt von der Kreativität, vom Einsatz und von der Risikobereitschaft jedes einzelnen ab*. Es ist Kardinalaufgabe sämtlicher Ausbildungsstätten und nicht zuletzt der Familie, dieses Rüstzeug fürs Leben jedem einzelnen mitzugeben. Für die Aussenwirtschaftspolitik ist nicht nur der Bundesrat verantwortlich. Die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Aussenwirtschaftspolitik ist der aktive Beitrag jedes einzelnen zur inneren Stärkung unserer Volkswirtschaft. Wir dürfen *nicht zur Sozialisierung der Ineffizienz Hand bieten, sondern müssen durch intelligente und motivierte Arbeit unseren aktiven Beitrag zur Individualisierung der Effizienz leisten*.

¹ Quelle: World Bank Staff Working Papers on world poverty.

Homme de Lettres – Freundesgabe für François Bondy

Am 1. Januar 1985 feierte François Bondy, seit 1975 Redaktor des politisch-wirtschaftlichen Teils der «Schweizer Monatshefte», vorher schon und auch nach seinem Eintritt in das Team unserer Zeitschrift ein international tätiger und bekannter Publizist, seinen 70. Geburtstag. Herausgeber und Redaktion haben ihm dazu herzlich gratuliert und sind glücklich, weiterhin auf seinen Rat und seine wertvolle Mitarbeit zählen zu dürfen. Unter dem einzigen angemessenen Titel «Homme de Lettres» ist aus Anlass seines vollendeten siebenten Jahrzehnts eine Freundesgabe erschienen, zu der dreiundzwanzig Autoren aus Europa und Amerika beigetragen haben. Die Festschrift «Homme de Lettres» kann, solange Vorrat, bei Schulthess, Polygraphischer Verlag AG, Zürich, bezogen werden.